

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion:
Streden-Nr. 16, Holbeinstrasse 48
Fernsprecher 21366
Postfachkonto Leipzig Nr. 14787

Wanngebühren:
Ausgabe A mit wöchentl. Beilage vierteljährlich 2.40 M. In Dresden und ganz Sachsen 2.20 M.; in Ostpreußen 2.30 M.
Ausgabe B vierteljährlich 2.10 M. In Dresden und ganz Sachsen frei ohne 2.20 M.; in Ostpreußen 2.30 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags.

Wanngebühren:
Kassa für den Reichsbahnverkehr 10 Pf. für den Familienverkehr bis 11 Pf. für den Postverkehr bis 20 Pf. für den Fernverkehr bis 30 Pf.
Für unentgeltlich geschickte Briefe, sowie durch Fernschreiber aufgegebenen Telegrammen 5 Pf. in Rechnung gestellt für die Abfertigung der Briefe nicht abzurechnen.
Einzelnnummer 10 Pf. für den Fernverkehr 11-12 Pf. zum.

Einzige katholische Tageszeitung im Königreich Sachsen. Organ der Zentrumspartei.
Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Feierabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Der Kanzler im Reichstage

Der Kanzler im Reichstage

Zum deutschen Reichstage hat gestern die Beratung über das Gehalt des Reichskanzlers und über den Haushaltsplan des Auswärtigen Amtes begonnen. Hierdurch wurde allen Parteien Gelegenheit gegeben, sich über die wichtigsten inneren und auswärtigen Fragen zu äußern. Das ist denn auch ausgiebig benutzt worden. Die preussische Wahlrechtsreform, die russische Revolution und der Eintritt Amerikas in den Krieg bildeten den Gegenstand der Besprechung durch Redner aller Parteien. Die preussische Wahlrechtsreform wird von sämtlichen Parteien gewünscht. Der preussische Ministerpräsident und die Konservativen wollen die Lösung der schwierigen Frage erst nach dem Kriege vorgenommen haben und die übrigen Fraktionen sofort. Unzweifellos ist es Sache des preussischen Abgeordnetenhauses, die Angelegenheit zu betreiben, aber auf der anderen Seite darf nicht verkannt werden, daß der deutsche Reichstag das Recht hat, seinem Unwillen über die allzu lange Aufrechterhaltung einer offensichtlich Mißständigkeit in dem größten Bundesstaat Ausdruck zu geben. Das ist kürzlich geschehen und darüber haben sich einige Mitglieder des preussischen Herrenhauses nicht sehr freundlich geäußert. Die Reden in dieser Körperschaft bildeten gestern einen Gegenstand der Zurückweisung durch alle Parteien — ausgenommen die Konservativen — und bei dieser Gelegenheit wurde der Wunsch auf recht baldige Vornahme der preussischen Wahlrechtsreform erneut unterstrichen. Der Kanzler, der naturgemäß im Hause erschienen war, nahm zu einer längeren Rede das Wort. Er blieb dabei, daß in dem Augenblick, in dem der Kampf auf allen Fronten sich dem Höhepunkt nähert, in dem alle Kriegsmittel in voller Tätigkeit seien, in dem die meisten Wähler des Reiches Säugwehre bildeten, wichtigere Dinge der Lösung barren als die gewiß wünschenswerten und notwendigen Reformen. Nach dem Kriege wird sie gemacht und dabei unterstützt um die Konservativen vollzählig, also auch die, die seinen Sturz so eifrig betreiben. Man kann andererseits der Meinung sein, daß es den Kämpfern besser zuzut, wenn sie wissen, daß dahinter die Ordnung geschaffen wird, die sie bei ihrer Rückkehr zu finden hoffen. Es soll und darf nicht gleich nach dem siegreichen Frieden der Kampf um innere Dinge entbrennen. Aber gegen den Willen des Herrenhauses, gegen den des Ministerpräsidenten ist nichts zu wollen, so bedauerlich die Feststellung auch ist. Vorher hatte der Kanzler sich über unsere Stellung zu den jetzigen Vorkämpfen in Russland geäußert. Wir müssen uns nicht in die inneren Angelegenheiten Russlands, so erklärte er. Daher wird weder Deutschland, noch der Kaiser an der Wiederherstellung des Zarenkums arbeiten, so betonte er. Wir haben nur ein Interesse an der neuen Regierung, wenn sie die Hand zum Frieden bietet und im Frieden mit uns arbeitet. Der Zar hat seinen Fall selbst verhandelt, denn er hat sich allen Reformen stets widersetzt, und als nach der Revolution im Jahre 1905 unter Kaiser ihm dringend geraten hat, die Wünsche seines Volkes zu berücksichtigen, da hat er diese Vorstellungen unberücksichtigt gelassen. Wie man sich bettet, so liegt man. Das mußte jetzt der Zar erfahren. Die russischen Verhältnisse können sich zu friedensfreundlichen Zuständen gestalten, ob sie es tun, bleibt abzuwarten. Und was Amerika anbelangt, so versichert der Kanzler erneut, daß die deutsche Regierung nichts tut, was einen Zwist mit Amerika heraufbeschwören könnte. Wenn England auf dem Boden des Völkerrechtes abliehen wäre und wenn Amerika nicht in so unverantwortlicher Weise die Feinde unterstützt hätte, dann bräuteten wir die völkerrechtlich zulässige Waffe des ungeschminkten Landboottkrieges nicht anzuwenden und der Krieg wäre schon zu Ende. Sich mit allen erlaubten Mitteln wehren, ist jetzt notwendig geworden. Das deutsche Volk mußte das alles schon, aber es war doch nötig, es nochmals zu betonen gegenüber dem Auslande, einerlei, ob es uns freundlich oder feindlich gesinnt ist.

Deutscher Reichstag

Berlin, 29. März. Der Reichstag berät zunächst den Votet, der den Reichskanzler ermächtigt, für die nächsten drei Monate die laufenden Ausgaben des Reiches weiter zu leisten.
Abg. Vernstein (Soz. N.-G.) befragt die abführende Sektion seiner Fraktion. Seine Freunde lehnten den Etat auch im Hinblick auf die Vorgänge in Russland ab. Die Ablehnung sei ein Gruß an alle Sozialdemokraten im allen Ländern, die an der internationalen Politik des

Das Neueste vom Tage

Der amtliche deutsche Tagesbericht

(Amtlich. W. T. V.) Großes Hauptquartier, 30. März 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz

An der Artois-Front war der Artilleriekampf lebhaft. Seitlich von Neuville-St. Baast griffen kanadische Regimenter unsere Stellungen während der Nacht an; sie sind stets verlustreich zurückgeschoben worden, einige Gefangene in unserer Hand geblieben.

Weiterwärts der Straße Peronne-Zins wurden unsere Sicherungen nach Gejecht mit stärkeren englischen Kräften in der Linie Anhaucourt-Sorel aus.

Nordöstlich von Soissons verdrängten französische Bataillone vergebens, bei Neuville und Margival Boden zu gewinnen; unsere Positionen wiesen sie verlustreich ab.

Am Aisne-Marne-Stanal deuteten Ansammlungen zwischen Sapignat und La Neuville auf einen sich vorbereitenden Angriff, der durch unsere Batterien niedergehalten wurde.

In der Champagne sind gleichfalls Bereitstellungen französischer Angriffstruppen wirksam beobachtet worden.

Zum Barron-Walde (Lothringers Front) hielten unsere Stoßtrupps 13 Gefangene aus den feindlichen Gräben.

Ostlichen Kriegsschauplatz

Seerescharuppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

Seitlich von Timanura fechtete ein Angriff mehrerer russischer Monoplanen in unserem Feuer.

An der Front des Generalobersten Ersherson Joseph:

und bei der Seerescharuppe des Generalfeldmarschalls v. Radenski:

keine Ereignisse von Belang.

Mazedonischen Front

Erkundungsabteilungen erbeuteten bei einem Vorstoß in die französischen Gräben zwischen Chrida- und Pressa-See mehrere Schnellladegewehre und reichliche Munitionsvorräte.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Berlin, 30. März. (Amtlich.) In der Nacht vom 28. zum 29. März haben Teile unserer Seestreitkräfte das Sperrgebiet vor der Südküste Englands abgestreift. Auf der dem bewaffneten englischen Dampfer „Mascotte“, 1097 Br. Raffr.-T., der acht acht Seemeilen östlich Lowestoft angetroffen und durch Artilleriefeuer verbrannt wurde, sind weder feindliche Streitkräfte noch Handelsverehr geschadet worden. Sieben Mann der Besatzung des Dampfers „Mascotte“ wurden gefangen genommen.

(W. T. V.) Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Wassentundgebungen in Petersburg

Berlin, 30. März. In Petersburg fanden laut „Berl. Tagebl.“ am Sonntag wohl 100 Volksersammlungen statt, in denen die demokratische Revue verlangt wurde. Eine bedenkliche Zunahme der extremen Strömung ist nicht zu verkennen.

Die italienische Kohleneinfuhr

Im Hafen von Genua, dem Haupteingangshafen für Kohlen in Italien, ist die Kohleneinfuhr im Januar dieses Jahres auf 143 300 Tonnen gegen 212 100 Tonnen im Vorjahre und im Februar auf 102 800 Tonnen gegen 226 900 Tonnen im Vorjahre zurückgegangen.

Aufregung in Paris

Das „Berl. Tagebl.“ meldet: Die Aufregung in Paris über die Explosion in Bevaune ist sehr groß. Bis jetzt konnten die Leichname der unter den Trümmern des Rathauses begraben liegenden Abgeordneten von Arras, Piquet und Jailandier nicht geborgen werden.

Proletariats festhalten. Die Vorlage wird darauf in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen. Es folgt die dritte Lesung der Steuerentwürfe.

Abg. Gotheim (Sp.) beantragt Steuerfreiheit für Güterbeförderung durch die Straßenbahnen für die Räder, in denen die Straßenbahnen an die Stelle des Kraftfahrers treten.

Abg. Keil (Soz.) stimmt dem Antrage zu den Kraftfahrern zu und lehnt die Steuern und Verkehrssteuern ab.

Abg. Henke (Soz. N.-G.) erklärt die Annahme des Kohlensteuergesetzes für ein Verbrechen am Volke und hält einen Ordnungszust.

Darauf wird das Steuerentwürfe ohne Aussprache angenommen, ebenso das Sicherungsgesetz. Bei dem Verkehrssteuergesetz wird die gestern im Ausschusse auf Antrag des Abg. Müller (Z. Fr.) beschlossene Freilassung mit 129 gegen 142 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen gestrichen. Der Antrag Gotheim (Zentrum, Sp.) wird angenommen, ebenso das Gesetz im ganzen. Zum Kohlensteuergesetz fordert ein sozialdemokratischer Antrag, das den Gemeinden, die den Anwohnern von Kleinwohnungen billig Hausbrandholz beschaffen, vom Reiche nicht die halbe, sondern die ganze Kohlensteuer zurückerstattet werden soll. Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 181 gegen 196 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt und das Kohlensteuergesetz gegen die beiden sozialdemokratischen Fraktionen und die Polen angenommen. Damit sind die Steuerentwürfe in dritter Lesung erledigt. Es wird in die Beratung des Etats für den Reichskanzler und das Auswärtige Amt eingetreten. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt einen Ausschuß zur Beratung von Reformen, die auf die politische Neuordnung im Deutschen Reiche zielen. Diefem Ausschusse sollen alle einschlägigen Anträge überwiesen werden. Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat in der Form einer Entschließung ihr eigenes Arbeitsprogramm eingebracht. Die Abgeordneten Gröber (Ztr.) und Prinz zu Schönau-Carolath berichten über die Verhandlungen des Ausschusses.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.) weist die im preussischen Herrenhause gegen den Reichstag erhobenen Vorwürfe zurück. Der Reichstag habe sich gerade jetzt im strengsten Interesse des Vaterlandes eine große Beschränkung auferlegt, wie das Ermächtigungsgesetz für den Prudesrat beweise. Der Reichstag könnte verlangen, daß die große Waffe von vielen Tausenden von Bekanntmachungen erst von ihm gebilligt werde. Im vaterländischen Interesse, um eine schnellere Erledigung zu ermöglichen, sei darauf verzichtet worden. (Zehr auf!) Der Ermächtigungsrat sei mit Zustimmung des Bundesrates ernannt worden. Auch die Beschlüsse des Hauptauschusses seien im Einverständnis mit dem Bundesrat erlassen worden. Das Präsidium des Herrenhauses habe in keiner Weise bemerkt, die Worte des Reichstages zu mahnen. Darum müssen wir erklären: Das Herrenhaus mag bei seiner eigenen Darlegung nach uns in Ruhe lassen. (Vehemente allgemeine Zustimmung.) Der Reichskanzler habe erklärt, daß das Erleben dieses Krieges zu einer Umgestaltung unserer innerpolitischen Verhältnisse führen würde. An sich vermöge den Reichstag die preussische Wahlrechtsreform nicht. (Laut: Na, na! links und im Zentrum.) Aber diese Frage interessiere alle Deutschen. (Laut: links und im Zentrum.) Die preussische Zentrumspartei habe sich auch bemüht, eine solche Wahlreform herbeizuführen, um diese Streitfrage aus der Welt zu schaffen. Der Reichskanzler wüßte, fährt der Redner fort, eine Politik der Stärke nach Innen und nach Außen. Das habe er in Preußen. Diefelbe Gedanke kann aber auch bei uns im Reiches Anwendung finden. Auch wir sind bestrebt, ein starkes und junges Volk aus dem Kriege zu bringen, dem Geist des Volkes neue Nahrung zu geben, neue Arbeit zu leisten. Wenn es uns gelinht, das Bewußtsein der Verantwortlichkeit des Einzelnen zu heben, dann werden wir auch stark werden in unserem wirtschaftlichen Leben. (Applaus.) hat Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg den Saal betreten.) Wir sehen, sagt der Redner weiter, wie Englands Verbündete ihm ihre Selbständigkeit opfern. Amerika hätte durch Vereinbarung mit uns keine Interessen verloren können; aber daß es dauernd unsere Feinde mit Kriegsmaterial verlor, das dürfen wir nicht zugeben. Wie auch